

Marco Bülow

Korrumpiert

The title 'Korrumpiert' is written in a large, bold, black sans-serif font. Three stylized hands with black sleeves are integrated into the letters: one hand holds the top of the 'r', another holds the middle of the 'p', and a third holds the top of the 'i'.

Wie ich fast **Lobbyist**
wurde und jetzt die
Demokratie retten will

WESTEND

Mit einem
9-Punkte-Plan
zur Kooperativen
Demokratie

WESTEND

MARCO BÜLOW

KORRUMPIERT

Wie ich fast Lobbyist wurde
und jetzt die Demokratie retten will

WESTEND

Impressum

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-484-8

1. Auflage 2025

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 8

93051 Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkung 7

I. (Demokratie-)Demontage 9

Vorspiel: Deals für Deutschland 10

1. Korrumpiert 20

2. Lobbyiert 38

3. Monetarisiert 59

II. (Demokratie-)Karambolage 75

Zwischenspiel: In der Höhle 75

1. Verkauft 79

2. Verprellt 91

3. Zertrümmert 105

III. (Demokratie-)Montage 129

1. ÜberLEBEN 130

2. Gutes Leben 145

3. Demokratie leben 170

Nachspiel: Permanente Revolte 186

Thesen 189

I. Demontage 189

II. Karambolage 190

III. Montage 192

Fazit: Kollektive Demokratie und Permanente Revolte 194

Anmerkungen 195

Vorbemerkung

»Idealismus ohne Illusion, Realismus ohne Anpassung.«

– Jürgen Habermas

»Dieses Buch sagt nicht die Wahrheit. Tatsächlich ist eine der zentralen Aussagen dieses Buches, dass eine absolute Wahrheit entweder nicht existiert oder sich zumindest mit unseren herkömmlichen Mitteln, insbesondere der Sprache, nicht ausdrücken lässt.«

– Jörg Starkmuth

Es ist riskant, am Anfang eines politischen Sachbuches über die Wahrheit zu schreiben. Alles, was ich hier niedergeschrieben habe, geschah in voller Überzeugung. Ich möchte informieren, aber ich schreibe nicht als neutraler Beobachter, sondern möchte zum Selbstdenken und Handeln anregen. Neben den eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen aus 35 Jahren aktiver Politik und 19 Jahren Bundestag flossen viel mehr Überlegungen philosophischer und psychologischer Natur in dieses Buch ein, darüber, wie Menschen meines Erachtens sind und handeln und nicht, wie ich sie gerne hätte.

Ich halte den Umgang mit Sprache für sehr wichtig, da ihr Gebrauch Denkweisen prägt. Insbesondere Fremdwörter und Fachbegriffe, die man in politischen und wissenschaftlichen Beiträgen verwendet, schließen Menschen aus oder schränken ihren Zugang ein. Sprache ist ein Machtinstrument. Auch ich habe mich teilweise dadurch umprogrammieren lassen, versuche aber, verständlicher und nachvollziehbarer zu schreiben. Das ist mir in diesem Buch sicher nicht an allen Stellen gelungen, obwohl ich Fachbegriffe erklären oder vermeiden wollte.

Meist kocht die Diskussion nicht beim Ausschluss durch Fremdwörter, Englisch oder fehlender Barrierefreiheit, sondern nur beim

Gendern auf. Ich mag eine klare Sprache, ohne Umwege und Sternchen, möchte aber, wie gesagt, alle ansprechen. Ich benutze in diesem Buch die männliche Form in den ersten beiden Teilen und die weibliche Form im dritten Teil. Dazu überlasse ich jedem seine Deutung ;)

Anregung, Erkenntnisse und Unterhaltung

Marco Bülow am 1. Oktober 2024

I. (Demokratie-)Demontage

*»Probleme kann man niemals
mit derselben Denkweise lösen,
durch die sie entstanden sind.«*

– Albert Einstein

Man stelle sich vor, die Demokratie wird demontiert und keiner bekommt es mit. Wenn, dann erwarten wir einen Umsturz, einen lauten Knall – ein Putsch des Rechtsstaates durch eine Diktatur etwa. Das ist nicht ausgeschlossen, aber es wäre eher das letzte Kapitel, dem eine lange Vorgeschichte vorangeht. Gerade rauscht einiges an Entwicklung an uns vorbei. Es gibt ein Gespür, aber wir leben weiter in unseren Mustern, ignorieren, kritisieren, ziehen uns raus. Und wenn wir uns engagieren, dann gegen Symptome oder Sündenböcke. Die aufgebauten Denkstrukturen zu verlassen ist äußerst unbequem und dazu muss man sie erst einmal erkennen.

Unsere Demokratie war nie eine wirkliche Herrschaft des Volkes. Selbst die reale repräsentative Demokratie – wie wir sie nennen – wird zunehmend ausgehöhlt. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat längst die Politik erreicht. Ausufernder Profitlobbyismus, bröckelnde Gewalt- und Machtteilung sowie zusammenbrechende Korrekturen sind die Folge. Wir haben uns korrumpieren lassen, zu viele wollen mitprofitieren. Und noch mehr ergeben sich den Bedingungen oder ihrer Ohnmacht.

Der erste Teil des Buches gliedert sich in drei Kapitel unter den Titeln: »Korruptiert«, »Lobbyiert« und »Monetarisiert«. Darin folgen wir der Spur des Geldes. Statt einer langen Einleitung oder ausführlicher Angaben über die Inhalte geht es gleich hinein in die politische Realität – eine Art Vorspiel, die uns das Wesen der erreichten Korruption gut verdeutlicht.

Vorspiel: Deals für Deutschland

Karlsruhe, 12. Juli 2022

Der Hammer fällt. Die letzte höchste Instanz, der Bundesgerichtshof, hat entschieden: Freispruch für die beiden Abgeordneten. Ihr Handeln, ihr Vorgehen, ihre verdeckten Vorteilsnahmen werden nicht bestraft. Die Maskendeals sind vollkommen legal. Sie dürfen ihre »Schmiergelder« – pardon, ihre »Provisionen« – von 1 240 000 Euro und 660 000 Euro für die korrupten Geschäfte behalten.

Irgendwo tief im Westen der Republik erfährt der 30-jährige Gärtnergehilfe Frank zufällig vom Freispruch. Mit Politik hat er nicht so viel am Hut. Egal, wer regiert, für ihn tut eh keiner was. Er ist froh, wieder einen Job zu haben, wenngleich auch im sogenannten Niedriglohnsektor. Jeden Monat wundert er sich, wie wenig Geld für so viel Arbeit am Ende rauskommt. So wie ihm geht es etwa einem von fünf Beschäftigten in Deutschland. Über sieben Millionen Menschen verdienen 2021 mit unter 12 Euro Bruttostundenlohn sogar noch weniger als er.¹ Und da steckt sich ein Politiker nebenbei 1,2 Millionen ein. Wahnsinn. Er beginnt zu rechnen; glaubt, sich verrechnet zu haben, kommt aber immer wieder zum gleichen Ergebnis: Für das Geld, das dieser Abgeordnete mit wenig Zeitaufwand als Provision kassiert hat, müsste er über 50 Jahre lang malochen. Ein gemischtes Gefühl aus Neid und Wut überkommt ihn.

Zur gleichen Zeit irgendwo im Nordosten. Die Grundschullehrerin Iris liest gewissenhaft ihre Lokalzeitung. »Freispruch« lautet die Schlagzeile. Den Bericht muss sie zweimal lesen, sie will es nicht begreifen. Iris ist Anfang 60, alleinstehend und hat nur noch ein paar Jahre bis zu ihrer Rente. Sie verdient als Grundschullehrerin nicht schlecht, auch wenn sie etwas mehr für angemessen halten würde. Schon öfter hat sie nachgeschaut: Sie liegt mit ihrem Gehalt fast beim Durchschnittslohn von monatlich etwa 4 000 Euro brutto. Sie überschlägt kurz, dass sie für die 1 240 000 Euro mehr als 25 Jahre Vollzeit arbeiten müsste. Wie hoch da wohl der Stundenlohn des Politikers ausfiel? Dann dazu die Diäten, die Renten und was bekommen die Abgeordneten wohl sonst noch für Vergünstigungen? Sie verspürt einen Groll, aber auch von Neugier durchsetzt. Sie fängt jetzt an zu graben, zu recherchieren. Das Gerichtsurteil ist real. Bei Frank und Iris handelt es sich dagegen um fiktive Personen – um Menschen, wie sie

überall leben, wenngleich sie auch nicht in Sachbüchern, Berichten, Talkshows oder in der Politik vertreten sind. In diesem Buch werden sie immer wieder auftauchen.

Berlin, 25. März 2020

Aber Moment, gehen wir noch einmal gut zwei Jahre zurück, zum Ausgangspunkt der Maskendeals. Es ist kein guter Frühling, der da in einem Krisenjahr beginnt, aber die Reden im Bundestag klingen wie immer. Fast wie immer.

*»Uns alle, Regierung wie Opposition, eint ein Ziel, (...) Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Das ist Dreh- und Angelpunkt, meine Damen und Herren, dieser Gesetze, die wir heute debattieren. (...) Das Bevölkerungsschutzgesetz ist die Grundlage für Eingriffe in Grundrechte wie die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person oder die Versammlungsfreiheit. Das Gesetz ermächtigt aber auch den Bundesgesundheitsminister, umfassend und situativ einzugreifen, um insbesondere die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Es ist, meine Damen und Herren, ein unabdingbarer Vertrauensvorschuss an den Gesundheitsminister. Jens Spahn hat im Krisenmanagement Größe gezeigt und dieses Vertrauen schon jetzt in ganz besonderer Weise gerechtfertigt. *Beifall bei der CDU/CSU* (...) Ihnen allen Gesundheit und Gottes Segen!«²*

Applaus, vor allem von Abgeordneten der Union und SPD, aber auch von einigen aus der Opposition. In der Krise steht man zusammen, wollen einige symbolisieren. Ein wenig Pathos kann doch jetzt nicht schaden. Zu diesem Zeitpunkt sitze ich als fraktionsloser Abgeordneter im Bundestagsplenum. Ich schaue hoch zur gläsernen Kuppel aus 3000 Quadratmetern Glas und dem Gang für die Besucher, die dann theoretisch zu uns in den Plenarsaal herunterschauen können. Wegen der Corona-Auflagen ist er verwaist. Im Plenum sind trotz der weitreichenden Entscheidungen noch weniger Abgeordnete als sonst anwesend.

Ich kenne den Redner gut. Georg Nüßlein, nur zwei Jahre älter als ich, ist 2002 gemeinsam mit mir in den Bundestag gekommen. Er begleitet mich jetzt, genau wie Jens Spahn, wohl oder übel schon

18 Jahre als Abgeordneter. Nüßlein ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union und, wie auch ich, für das Thema Energie zuständig. Wie oft haben wir in den Großen Koalitionen an einem Tisch gegessen, wenngleich auf unterschiedlichen Seiten. Wie oft habe ich den Lobbyeinfluss der fossilen Großkonzerne deutlich in seinen Worten und Reden vernehmen können. Nach außen freundlich und jovial, ansonsten ein knallharter Interessenvertreter.

Nüßlein ist passionierter Jäger, promovierter Jurist, arbeitete im Bank- und Finanzwesen und gründete eine Holding sowie eine GmbH. Damit passt er wunderbar in den Bundestag des Jahres 2020.³ Mit 147 Absolventen der Rechts- und 102 Absolventen der Wirtschaftswissenschaften verkörpern diese beiden Gruppen geradezu das Bild der deutschen Parlamentarier. Insgesamt wird die Einseitigkeit der Zusammensetzung des Bundestages, was die Berufe und vor allem den Bildungsgrad angeht, immer größer. Im aktuellen Bundestag hat sich der Anteil der Abgeordneten mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium auf fast 90 Prozent gesteigert. In der gesamten Bevölkerung liegt er nicht einmal bei 20 Prozent.

Eine typische Politikerkarriere. Nüßlein kann reden. Aber warum hat ausgerechnet er 2016 vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen? Seine Rede erreicht mich trotz seiner Wortgewandtheit kaum. Ich höre nur »ermächtigt« und »Eingriffe in Grundrechte« – wie passend, wenn man zu Beginn der Rede über das »Deutsche Volk« schwadroniert. Heute schränken wir also mal so eben die Grundrechte der Bevölkerung und des Parlamentes ein. Das Merkel-Kabinett will mit Ministerpräsidenten und nicht mit dem Bundestag schnelle Entscheidungen treffen, obwohl dieser jeden Tag zu einer Sondersitzung einberufen werden könnte. Und dann auch noch die Lobeshymne und Vorschusslorbeeren für den Gesundheitsminister. Meine Gelassenheit ist aufgebraucht.

NRW, Frühjahr 2020

Wie vom Kollegen Georg Nüßlein verkündet, wird der Bundestag also in den Hintergrund gedrängt, seine Rechte beschnitten. Bundesregierung und Ministerpräsidenten geben nun vollends den Ton an. Ich leugne die Krise zu null Prozent, doch diese Verlagerung ist völlig überzogen und unnötig. Keine Entscheidung wird dadurch schneller

oder besser informiert getroffen. Aber wir haben nun eine Blaupause zur Einschränkung von Parlamentsrechten – so schnell kann das also gehen. Mittlerweile schnellen die staatlichen Ausgaben wegen der Pandemie in die Höhe. Auch die Landesregierungen investieren im großen Stil. Nach einem Erlass des Landes NRW können Kaufaufträge nun praktischerweise ohne Ausschreibungen rausgehen. Damit lohnen sich direkte Kontakte zur Politik noch mehr. Die Landesregierung ordert dann schnell für 45 Millionen Euro Schutzkittel beim Textilunternehmen van Laack, einem Modehaus, das für höherpreisige Garderobe und nicht für Schutzkleidung bekannt ist. Die Vermittlung läuft über Johannes Laschet, den Sohn des damaligen Ministerpräsidenten von NRW, der sich praktischerweise als Modeblogger und Werbepartner des Unternehmens betätigt. Der zuständige Minister Karl-Josef Laumann berichtet von Erleichterung, als man ihm den Vollzug des Deals verkündet. Natürlich wegen des »dramatischen Mangels an Schutzausrüstungen«.⁴ Wer es glaubt. Von Provisionen ist keine Rede, und so war an der Sache auch nichts ungesetzlich. Alles, was nicht legal gewesen wäre, hat man ja mit Verordnungen vorab legal gemacht.

Zur gleichen Zeit kassierten auch andere ab. Bei vielen werden wir es wohl nie erfahren, und wenn doch, interessiert es kaum noch jemanden. Wer erinnert sich etwa daran, was zum Beispiel ein Rechercheteam von WDR, NDR und *Süddeutscher Zeitung* aufdeckte: 2020 gab die Bundesregierung monatelang für jeden PCR-Test 59 Euro aus – ein viel zu hoher Betrag, insgesamt eine Steuergeldverschwendung von »möglicherweise« Milliarden, die vor allem eine »Ärzte-Lobby« mit guten Kontakten durchgesetzt hatte.⁵ Ab Juli 2020 wurde dann an die Labore, welche die Tests auswerten, 39,40 Euro pro Test bezahlt; immer noch doppelt so viel wie für andere, vergleichbare PCR-Tests. Die Ärzte, die sie selbst auswerteten, bekamen neun Monate lang sogar 50,50 Euro pro Test. Der zuständige Minister hieß Jens Spahn. Aber auch mit einem neuen Minister waren die Kosten 2022 und 2023 immer noch höher als gerechtfertigt.⁶ Warum wurde an den vielen Tests so lange mehr verdient als sonst üblich? Wer hatte das Ministerium dazu gebracht, dies zuzulassen? Und wo blieben die Nachfragen, die Recherchen und die Empörung? Die Krisensituation wurde ausgenutzt und die Politik spielte mit, indem sie sich lobbyieren ließ. Während und am Ende der Krise leiden viele, zerbrechen Existenzen,

aber genau auf deren Rücken werden richtig gute Geschäfte gemacht. Jeder ist doch seines Glückes Schmied.

Leipzig, 20. Oktober 2020

Keine fünf Monate nach der Bundestagsbelobigung des Gesundheitsministers Jens Spahn gibt er eines von Hunderten Interviews dieser Monate. Mit den immer gleichen Aufforderungen und Warnungen, diesmal dem ZDF. Die Hauptansteckungsgefahr gehe von Feiern und vom »Geselligsein« aus⁷ – sprach's und machte sich dann abends auf, solch eine Geselligkeit in Leipzig zu besuchen. Eine, die er organisiert hatte – oder besser gesagt – die für ihn organisiert worden war. Beim eigentlichen Gastgeber handelte es sich um den PR-Manager Peter Zimmermann. Der war thüringischer und sächsischer Staatssekretär und stand auf der Gehaltsliste zweier Bundesländer. Wie immer mehr Politiker tauschte er fix sein politisches Amt gegen das eines Lobbyisten ein. Die »Drehtür« nutzen – die zwischen Politik und Wirtschaft – nennt man das. Natürlich geschieht dies nicht wegen des ökonomischen Sachverständes, sondern weil Politiker gut vernetzt sind und weiter viele direkte Zugänge zu den Entscheidungszentralen besitzen.

Aber Zimmermann gelang das nicht nur im politisch zarten Alter von 37 Jahren, sondern auch ohne Kündigung beim ehemaligen Arbeitgeber. Er war mit 37 in den Ruhestand geschickt worden – inklusive aller Versorgungsleistungen.⁸ So fürsorglich kann der Staat sein. Kein Wunder, dass für junge Leute der Weg zur Karriere über die Politik reizvoll erscheint. Immer weniger Konkurrenz in den Parteien, schnelle Versorgung und nur eine kurze Zeit mit Verantwortung. Zimmermann wurde dann freischaffender Lobbyist und wollte sich selbst und seinem Ex-Kollegen Jens Spahn unter die Arme greifen. Nicht mit Geselligkeit, sondern mit Spenden, die an diesem Abend fließen sollten. Zimmermann lädt für Spahn vor allem Unternehmer zu einer privaten Party, einem intimen, besonderen Essen ein. Ziel der Aktion ist, dass die Unternehmer einen Abend mit dem Minister verbringen und dafür eine Spende an ihn leisten. Die lassen sich nicht lange bitten. Nur diesmal dringt die Spendenparty, vermutlich wegen der eigentlichen Corona-Auflagen, die Zusammenkünfte ja eingeschränkt haben, an die Öffentlichkeit. Die *Bild* spekulierte später, ob mit oder ohne Maske gefeiert wurde und ob es Rinderfilet gab.⁹ Die

taz sprach von einem Schweigekartell,¹⁰ weil wenig über die weiteren Gäste herauszubekommen war. Die *SZ* machte später mit dem Hinweis vom Lob der Kanzlerin für Spahn quasi den Deckel auf die Geschichte.¹¹ Auch die Kommentare von anderen Politikern bezogen sich meist auf das Verhalten bezüglich Corona und der Vorbildfunktion des Ministers. Pikant war zudem, dass sich Spahn am folgenden Tag positiv auf Corona getestet meldete. Wie war das noch mal mit dem Vertrauensvorschuss von Georg Nüßlein?

Alles natürlich eine unerfreuliche Geschichte, die nicht öffentlich hätte werden sollen. Aber besonders interessant ist, dass der eigentliche Anlass höchstens als Nebenthema vorkam. Die Gäste – wohl vor allem Unternehmer – wurden deshalb eingeladen, um für den Politiker Jens Spahn zu spenden. Möglichst knapp unter 10 000 Euro, damit die Spendernamen nicht genannt werden müssen. Eine Praxis, die sicher nicht selten angewandt wird und die nur wegen der Umstände hier mal zu einem Skandalchen wurde. Warum will wohl keiner zugeben, dabei gewesen zu sein? Warum verschweigt Spahn beharrlich die Namen seiner Gönner? Gerade damals war man ja aufgefordert, bei einer Ansteckung zu melden, mit wem man Kontakt hatte. Aber die eigentlichen Fragen sind doch: Wenn die Zeit, das Ohr eines Ministers, eines Politikers, käuflich ist, was kann man noch alles kaufen? Was bekommt man als Gegenleistung für die Spenden? Vor allem: Wie käuflich ist die Politik?

Deutschland, 12. Juli 2022.

Im Herbst 2021 endet die Legislaturperiode. Der Gesundheitsminister Jens Spahn wird von Karl Lauterbach abgelöst und die GroKo von der »Zukunftscoalition« der Ampel. Ein progressiver Ruck geht allerdings nicht durch die Republik. Auch nicht im Juli, als die Klage gegen die Maskendeals am Bundesgerichtshof in Karlsruhe verhandelt wird. Die Abgeordneten Alfred Sauter und Georg Nüßlein werden freigesprochen. Sie dürfen die insgesamt 1,9 Millionen Euro für die Maskendeals behalten. Damit haben sie die Krise gut genutzt, um mit ihren politischen Kontakten einen Deal einzufädeln und sich persönlich zu bereichern. Unter Rückbezug auf Nüßleins Rede vom 25. März 2020, »um Schaden vom deutschen Volke abzuwenden«. Dem CSU-Mann kam dabei zugute, dass er den Deal bequem über sein sich selbst zu-